



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

## Migranten-Hetze: Am Ende ein Angriff auf alle Arbeitenden

Seit Januar haben Rumänen und Bulgaren die gleichen Rechte wie alle anderen Einwohner der EU: Endlich dürfen auch sie sich in der EU frei bewegen und überall arbeiten. Gleichzeitig hat vor allem die CSU eine regelrechte Hetzkampagne gegen die angeblich „faulen“ Rumänen und Bulgaren begonnen, die alle nur HartzIV wollen würden. Das ist nicht nur eine Lüge, es ist vor allem ein gefährliches Gift für alle Arbeitenden.

Die Menschen, die aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland kommen, wollen der Armut entfliehen. Sie kommen in der Hoffnung, zu arbeiten und sich ein besseres Leben aufzubauen. Und die große Mehrheit hat hier eine Arbeit: als Altenpfleger und Krankenschwestern, als Schweißer und Saisonarbeiter. Sie reinigen Industrieanlagen, bauen Schiffe, schleppen Steine, verlegen Kabel, zerlegen Rinder in Schlachthöfen... Und sie zahlen Steuern.

Diejenigen aber, die keinen regulären Job finden können, haben nicht einmal Anspruch auf die paar Kröten HartzIV. Sie bekommen weder Geld für Miete noch für Essen. Ihnen bleibt oft nur, sich in Ghetto-Häusern mit 7 oder 10 Leuten auf zwei Zimmer zu quetschen und zu versuchen, irgendwie Geld aufzutreiben – ein gefundenes Fressen für zahlreiche Unternehmer, die diese Notlage ausnutzen und die Arbeitenden über den „Arbeiterstrich“ schwarz und ohne Krankenversicherung als Tagelöhner für Billigtlöhne schufteten lassen.

Ja, die Familien aus Rumänien und Bulgarien gehören zu dem am meisten ausgebeuteten Teil der Arbeiterklasse in Deutschland.

Und es ist lächerlich, dass CSU und CDU es als Gefahr für die öffentlichen Kassen darstellen, wenn ein paar arbeitssuchende bulgarische Familien das

Recht hätten, 382 Euro HartzIV zu beantragen. Doch das ist eine alte Masche: Sie picken sich eine der schwächsten Gruppen aus den Arbeitern heraus und machen sie für die leeren Kassen verantwortlich, um von denen abzulenken, die wirklich – und zwar in großem Stil – die öffentlichen Kassen ausplündern und die einfache Bevölkerung bedrohen.

Um von den parasitären Banken abzulenken, die nicht Tausende, nicht Millionen, sondern weit über 100 Milliarden Euro jedes Jahr aus den öffentlichen Kassen herausaugen.

Um von den Konzernen abzulenken, die jährlich dutzende Milliarden an Subventionen kassieren. Und die obendrein den Sozialkassen Milliarden entziehen, indem sie tarifliche Vollzeit-Arbeitsplätze durch Minijobs und schlecht bezahlte Werkverträge ersetzen und sich sogar noch die Löhne teilweise von HartzIV bezahlen lassen.

Um nicht über die wahre Unsicherheit reden zu müssen, die das Leben der arbeitenden Bevölkerung beherrscht: die Sorge, ob man morgen noch Arbeit hat, ob Lohn oder Rente für alle Rechnungen reicht, wie lange man die Arbeitsbelastung noch aushält...

Und je mehr mit der Krise Armut, Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit zunehmen, während auf der anderen Seite eine Minderheit an Reichen immer reicher wird, desto massiver werden sie alles versuchen, um von dieser schreienden Ungerechtigkeit ihrer Gesellschaft abzulenken und die Empörung stattdessen auf Teile der Arbeiterklasse zu lenken.

Das passiert überall. Während bei uns heute eine Kampagne gegen Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien läuft, findet in der Schweiz ein Bürger-

entscheid statt gegen die „Masseneinwanderung“...arbeitsloser Deutscher.

Wir Arbeitenden können nur verlieren, wenn wir uns gegeneinander aufhetzen lassen. Allein schon deshalb, weil jede Maßnahme, die die Bedingungen für eine Gruppe Arbeitende verschlechtert und unsicherer macht, im Grunde die Bedingungen für alle verschlechtert.

Erinnern wir uns an die Umwandlung des Arbeitslosengeldes in HartzIV. Man erzählte uns, die faulen Arbeitslosen wollten einfach nicht arbeiten gehen, deshalb müsse man sie zwingen. Was war das Ergebnis? Die Arbeitslosen wurden gezwungen, all die Jobs anzunehmen, die sich viele bis dahin geweigert hatten zu machen: Leiharbeit, Minijobs, Stundenlöhne von 6 Euro... bis sich letztlich für alle Arbeitenden die Bedingungen verschlechtert haben.

Dass rumänische und bulgarische Arbeitende kein HartzIV bekommen und ihnen vielleicht sogar droht, wieder aus Deutschland ausgewiesen zu werden, wenn sie 3 Monate lang keine Arbeit finden, hat dieselbe Wirkung. Es verschafft den Kapitalisten eine große Gruppe von Arbeitenden, die bereit sind, wirklich zu jeden – noch so schlechten – Bedingungen zu arbeiten, weil sie nur so im Land bleiben und überleben können. Dies kann auf Dauer nur auf die Arbeitsbedingungen von uns allen drücken.

Auch deshalb ist jede Form von Rassismus und Nationalismus ein gefährliches Gift für uns. Für uns Arbeitende gibt es nur einen Ausweg, wenn wir uns nicht spalten und schwächen lassen. Wenn wir wieder zu Solidarität und Zusammenhalt zurückfinden und uns gemeinsam gegen die herrschende Klasse wenden: Um gegen ihre Profitgier das Recht auf würdige Arbeits- und Lebensbedingungen für Alle zu erkämpfen.

## Bundeswehr und alle europäischen Truppen: Raus aus Afrika!

500 Soldaten will die EU in einen Kriegseinsatz nach Zentralafrika schicken, den Frankreich im Dezember mit 1600 Soldaten begonnen hat. Außerdem will die Bundeswehr Soldaten nach Mali schicken.

Wie bei jedem Kriegseinsatz versuchen uns die Regierungen davon zu überzeugen, dass sie keine andere Wahl hätten: Man dürfe nicht zusehen, wie Zivilisten von bewaffneten Banden terrorisiert und ermordet werden. Man müsse Truppen entsenden, um die Bevölkerung zu schützen. Doch wirklich nie haben die Kriegseinsätze der imperialistischen Staaten Massenmorde und Bürgerkriege verhindert, nie haben sie das Los der Bevölkerung verbessert, im Gegenteil.

In Mali ist aus dem Kriegseinsatz, der angeblich drei Monate dauern und Mali „demokratisieren“ sollte, ein langfristiger Guerillakrieg geworden: Regierungstruppen, unterstützt von 2500 französischen Soldaten, liefern sich Kämpfe mit aufständischen Gruppen, wobei beide Seiten die Zivilbevölkerung mit brutalen Überfällen, Plünderungen und Racheakten terrorisieren.

In Zentralafrika hat der Einmarsch der französischen Truppen den Kampf zwischen den verschiedenen bewaffneten Banden nicht beruhigt, sondern nur noch angeheizt und noch mehr Menschen in die Flucht getrieben. Mittlerweile lebt jeder Vierte in einem Auffanglager – und zwar unter den unmenschlichsten Bedingungen.

Denn die Westmächte, die angeblich gekommen sind, um sie zu schützen und ihnen zu helfen, sind nicht bereit, ihnen auch nur die lebenswichtigsten Dinge zur Verfügung zu stellen: Im Lager M'Poko gibt es für über 100.000 Flüchtlinge, darunter zahlreiche Verletzte, nur 5 Ärzte. Seuchen breiten sich aus. Denn die Menschen drängen sich unter freiem Himmel zusammen. Es gibt weder Moskitonetze noch Zelte. In Regen und Schlamm gebären Frauen ihre Kinder.

Die Zustände, in denen die bestausgestatteten europäischen Armeen die Flüchtlinge vor sich hin vegetieren las-

sen, entlarven, wie wenig sich die europäischen Staaten in Wahrheit für das Los der Bevölkerung Afrikas interessieren. Ihnen geht es darum, in Mali und Zentralafrika nicht die Kontrolle über die Regierung und die wichtigsten Verbindungsstrecken zu verlieren. Denn beide Länder sind strategisch wichtige französische Militärbasen mit Nachbarländern, die reich an Erdöl, Diamanten und Uran sind.



**Die muslimische Zivilbevölkerung flieht, weil sie seit dem Einmarsch der französischen Truppen noch mehr terrorisiert wird.**

Immer schon haben Afrikas Reichtum und vor allem seine unterirdischen Schätze den Heißhunger der mächtigen Industriekonzerne und ihrer Staaten geweckt. Aus diesem Grund haben die Industriestaaten England und Frankreich den afrikanischen Kontinent im 19. Jahrhundert fast vollständig kolonisiert und Bodenschätze wie Menschen rücksichtslos ausgebeutet.

Es wurde nicht viel besser, als nach dem 2. Weltkrieg Unabhängigkeitskämpfe sie zwangen, den Kolonien offiziell ihre Unabhängigkeit zu geben. Denn sie haben dafür gesorgt, dass die Kolonien dabei in eine Vielzahl kleine, kaum lebensfähige Staaten zerstückelt wurden, die damit wirtschaftlich und politisch von ihren ehemaligen Kolonialmächten abhängig blieben. Auch deren Militär blieb weiter in vielen Ländern stationiert.

Und so konnten sich die imperialistischen Mächte weiter sorglos die Rohstoffe und landwirtschaftlichen Güter Afrikas billig unter den Nagel reißen, während die afrikanischen Länder Produkte aus Europa teuer kaufen mussten. Auf diese Weise blutete Afrika

immer weiter aus. Außerdem blutete es aus durch die Banken, die den afrikanischen Staaten Geld liehen und diese dann durch Zinsen und Zinseszinsen regelrecht aussaugten.

Ab Anfang der 1990er Jahre hat dies einen afrikanischen Staat nach dem anderen in den totalen Bankrott getrieben. Die Staaten zerfallen regelrecht. Armeen, deren Soldaten keinen Lohn mehr vom Staat bezahlt bekommen, lösen sich in verschiedene Rebellen-truppen auf, die einzelne Landstriche unter ihre Gewalt bringen, die Bevölkerung ausrauben und deren Anführer meist versuchen, der nächste Diktator des Landes zu werden.

Die imperialistischen Länder tragen mit ihrer jahrzehntelangen Ausplünderung die Verantwortung für die Armut und das Elend, auf deren Grundlage sich die Rebellenarmeen entwickelt haben. Und sie tragen außerdem aktiv dazu bei, diese Banden zu erhalten und zu bewaffnen.

In regelmäßigen Abständen nämlich stützen sich westliche Staaten auf eine dieser Rebellenarmeen, um in einem Land Afrikas den bisherigen Diktator zu vertreiben und zu ersetzen, weil dieser nicht mehr gefügig genug ist oder das Land nicht unter Kontrolle hat. Genau das hat Frankreich Anfang Januar mit Zentralafrikas Diktator Djotodia gemacht; und es war nicht das erste Mal.

Ihnen ist es egal, dass jede dieser Rebellenarmeen für die einfache Bevölkerung ein Fluch ist; dass die Menschen durch sie zusätzlich zu Armut und Hunger auch noch ständige Überfälle, Plünderungen, Vertreibungen und Gewalttaten ertragen müssen.

Auch der heutige Kriegseinsatz in Zentralafrika und Mali, bei dem die EU-Länder einzelne dieser brutalen Banden bevorzugen, um andere zu bekämpfen, kann dieses Leben in Armut, Verwüstung und Angst nur verschlimmern. Er kann nur noch mehr Bandenkriege, noch mehr Ausschreitungen und noch mehr Hass und Rachebedürfnis in weiten Teilen der Bevölkerung schaffen. Deshalb: Bundeswehr und alle europäischen Truppen raus aus Afrika!

## Hochtief: Hoch für die Aktionäre – tief für die Arbeiter

1000 der 5.700 Arbeiter von Hochtief in Deutschland sollen entlassen werden. Als Hochtief 2010 vom Konzern ACS aufgekauft wurde, wusste jeder: Der hochverschuldete Konzern ACS wollte möglichst viel Geld aus Hochtief rausziehen, um seine Finanzen aufzubessern. Tausende Arbeiter hatten damals gegen den Verkauf protestiert.

Zur Beruhigung hatte ACS eine „Beschäftigungsgarantie“ gegeben: Drei Jahre lang werde es keine

„betriebsbedingten Kündigungen“ geben. Der damalige Vorsitzende der Gewerkschaft IG BAU, Wiesehügel (SPD) unterstützte ACS: Mit dieser Beschäftigungsgarantie, so beruhigte er die Arbeiter, sei gesichert, dass der Verkauf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten statfinde.

Wie zynisch! Denn selbstverständlich hat das Hochtief nicht daran gehindert, in diesen drei Jahren die Zahl der Arbeitsplätze trotzdem von 10.000 auf

5.700 zu verringern: durch „normalen“ Stellenabbau und den Verkauf ganzer Bereiche. Und nun wollen sie das Ende der „Beschäftigungsgarantie“ als weitere Gelegenheit nutzen, um draufzuhauen und 1000 Arbeiter zu entlassen.

Schon 2010 hatten die Arbeitenden bei ihren Protesten erklärt, dass sie nicht das Sparschwein für die Aktionäre sind. Im Gegensatz zu den Aktionären haben sie den Reichtum des Konzerns (wortwörtlich) aufgebaut. Genug, um allen Arbeitern eine echte Beschäftigungsgarantie zu sichern – und zwar bis zur Rente.

### Seit 1. Januar: Weniger und später Rente

Am 1. Januar hat die Erhöhung der Rente auf 67 begonnen. Wer dieses Jahr in Rente geht, muss drei Monate länger arbeiten, nächstes Jahr schon vier Monate usw. Gleichzeitig müssen alle, die neu in Rente gehen, mehr Steuern zahlen: Alle Renten über 1225 Euro werden jetzt besteuert. Und auch diese Steuern sollen bis 2040 jedes Jahr steigen: was nichts anderes ist als eine weitere Rentenkür-

zung, nur anders verpackt.

Beschlossen haben diese Verschlechterungen frühere Regierungen. Aber die neue große Koalition hat nicht vor, sie rückgängig zu machen. Während sie viel Wind um kurzzeitige Verbesserungen für einige Rentner macht, setzt sie die dauerhaften Verschlechterungen für alle Rentner still und heimlich in die Tat um.

### Renten-Komödie: der nächste Akt

Jetzt rauft sich die Regierung ganz theatralisch die Haare: Angeblich sind ihre Renten-„Geschenke“ so teuer, dass sie sie nur mit Mühe bezahlen können. Wir reden hier gerade mal von 28 Euro mehr für einige Mütter und der kurzzeitigen Senkung des Rentenalters um 2 Jahre für einen Teil der Arbeitenden. Doch die Regierung tut so, als müsste sie für diese wirklich winzigen Maßnahmen die komplette Rentenkasse plündern und obendrein Steuergelder auftreiben.

lich vollkommen leer sind... und dass wir uns bald auf die nächsten Verschlechterungen einstellen sollen.



**Sie alle sollen weniger und später Rente bekommen: Das sind die langfristigen Rentenpläne der Großen Koalition.**

Sie sollten sich stattdessen an die Unternehmen wenden.

Seit Jahren haben sie durch massiven Stellenabbau, Lohnsenkungen, Minijobs und Niedriglöhne die Rentenkassen um viele Milliarden betrogen. Gleichzeitig haben sie aus jedem Arbeitenden mehr Arbeit rausgepresst, ohne entsprechend mehr Lohn und Rente zu zahlen.

Allein damit schulden uns die Konzerne so viel, dass nicht nur Mini-Maßnahmen, sondern frühere und bessere Rente für alle bezahlbar sind.



**2010: Proteste gegen die Übernahme von Hochtief durch ACS**

### Gefährliche Rendite

Seit Januar müssen die Frauen von Syll aufs Festland fahren, um ihre Kinder zu bekommen, weil sich für den Asklepios-Konzern, dem das Krankenhaus gehört, 80 bis 100 Geburten im Jahr nicht „lohnen“. Für die Schwangeren ist das eine Katastrophe.

Aus derselben Profitlogik hatte Asklepios in den ländlichen Gegenden Ostdeutschlands mehrere Kinderstationen geschlossen. Bis zu einer Stunde müssen Eltern mit ihrem kranken Kind nun zum nächsten Krankenhaus fahren.

Als öffentlicher Dienst haben Krankenhäuser zumindest überall eine Grundversorgung geleistet, auch in Gegenden, wo es wenige Patienten gibt.

Doch seit Krankenhaus für Krankenhaus privatisiert und von großen Klinikketten übernommen wird, verschwindet selbst diese Grundversorgung – mit teils lebensgefährlichen Folgen für die Patienten. Auch das ist ein Grund, warum das Gesundheitswesen nicht in private Hände gehört.

## Pofalla: Ob Politiker oder Manager, im Dienst der Kapitalisten

Nach der Affäre mit Ronald Pofalla überlegt die Regierung, eine 1-2jährige Sperrzeit für Regierungspolitiker einzuführen, bevor diese in den Vorstand eines Unternehmens wechseln dürfen. Ein solcher Wechsel ist üblich – von Schröder (SPD) bis Koch (CDU) gibt es zahlreiche Beispiele hierfür.

Eigentlich auch nicht erstaunlich: Regierung und Wirtschaftsbosse stehen sich ohnehin sehr nahe. Außerdem ist Regierungspolitiker und Manager ein ähnlicher

Job. Als Manager hat man die Aufgabe, alles dafür zu tun, damit die Arbeiter der Firma möglichst profitabel ausgebeutet werden und die Aktionäre viel Gewinn anhäufen können. Als Regierungspolitiker macht man so ziemlich dasselbe, nur nicht für eine Firma, sondern für alle großen Kapitalisten im Land.

Und der einzige Grund, warum sie über eine formelle Sperrzeit nachdenken ist, dass diese Rolle der Politiker nicht zu offensichtlich werden soll.



**Politiker und Manager haben viel gemeinsam: Beide machen Politik für die Konzerne Koch (CDU), jetzt Manager (li.) Ackermann, einst Merkels Berater (re.)**

## Korruption auf deutsch

Wie jetzt heraus kam, haben deutsche Konzerne jahrelang griechische Politiker bestochen, um dem griechischen Staat völlig überbeuerte Militärausrüstung anzudrehen. So zahlte wohl allein der deutsche Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann (KMW) Bestechungsgelder in Millionenhöhe an einen Staatssekretär, um den griechischen Staat zu „überzeugen“, für 1,7 Milliarden Euro Leopard-Panzer zu kaufen, die er eigentlich gar nicht haben wollte. Nicht anders soll es bei Rüstungskonzernen wie Rheinmetall, Atlas oder Wedel abgelaufen sein.

Sie alle profitierten davon, dass der griechische Staat Milliarden an Steuergeldern verpulverte und sich weiter verschuldete, nur um bei Konzernen in Deutschland einzukaufen und deren Profite zu steigern. Und dann erzählen sie uns, Griechenland sei so überschuldet, weil die griechischen Arbeiter und Rentner über ihre Verhältnisse gelebt hätten!

## Das Geld gehört in den öffentlichen Dienst

Die Stadt Essen hat den Bürgerentscheid über den 123 Millionen-Umbau der Messe Essen verloren. Ihr Erpressungsversuch, alle müssten für den Umbau stimmen, weil sonst die Existenz der Messe und damit viele Arbeitsplätze in Gefahr wären, hat nicht funktioniert. Zu offensichtlich war, dass es CDU und SPD um die Unternehmer ging, die von der Messe profitieren, und nicht um die 270 Arbeitsplätze. Vor allem, da sie gleichzeitig aus „Sparzwang“ 1000 Arbeitsplätze bei der Stadt vernichten.

Von den 123 Millionen kann die Stadt über 10 Jahre lang – sicher – hunderte Arbeitsplätze bezahlen. Selbst wenn (was nicht wahrscheinlich) die Messe tatsächlich irgendwann Pleite geht, kann die Stadt den 270 Betroffenen problemlos einen Arbeitsplatz garantieren: In all den öffentlichen und sozialen Diensten, die der einfachen Bevölkerung nutzen - von den Schulen bis zur EVAG - gibt es mehr als genug zu tun. Und für diese Bereiche müssen die 123 Millionen jetzt verwendet werden!

## Was alles möglich ist

Stress, Störungen, Zugausfälle: Und trotzdem bekommen die Arbeitenden bei der Bahn ständig zu hören, dass zusätzliches Personal einfach „nicht möglich“ sei, dafür sei kein Geld da. Außer für den ehemaligen CDU-Minister Ronald Pofalla: Für den wollte man mal eben einen Job bei der Bahn schaffen, mit 1,3 bis 1,8 Millionen Euro Jahresgehalt. Gut zu wissen, wie einfach es in Wahrheit möglich ist, bei der Bahn Arbeitsplätze zu schaffen – wenn sie es wollen.

## Millionen-Geschenk für RWE

RWE hat eine Klage gegen das Land Hessen gewonnen. Rund 200 Millionen Euro Schadensersatz muss das Land dem Stromkonzern dafür zahlen, dass es nach Fukushima das alte AKW Biblis vorübergehend ausschalten musste. Und das ist nur die erste Klage zum Atomausstieg. RWE plant weitere, unter anderem gegen den Bund, bei denen es diesmal um Milliarden geht.

Als Merkel den Atomausstieg kurzfristig durchsetzte und die AKW-Stillegung beschloss, hatten viele Rechtsexperten gewarnt: Es gebe sehr wohl schnelle und rechtlich sichere Wege, den Atomausstieg gesetzlich zu beschließen.

Der Weg aber, den Merkel gewählt habe, sei rechtlich ungültig und verschaffe den Stromkonzernen die Möglichkeit, Milliarden an Schadensersatz vom Staat zu fordern. Dennoch blieb Merkel bei ihrem rechtlich ungültigen Verfahren. Ein Schelm, wer denkt, dass Absicht dahinter steckt.

## Monopoly bei Bilfinger

Über 300 Firmen hat sich der Industriedienstleister und Baukonzern Bilfinger alleine in den letzten 10 Jahren unter den Nagel gerissen. Und mit dem Geld, das die vielen schlecht bezahlten Arbeiter dem Konzern einbringen, haben sie schon die nächste Einkaufstour geplant: In den nächsten zwei Jahren wollen sie weitere Firmen aufkaufen, für runde 800 Millionen Euro. Gleichzeitig aber sollen 800 Arbeitsplätze bei Bilfinger vernichtet werden, weil ... kein Geld für deren Löhne da sei. Sicher, wer für 800 Millionen Euro Shoppen gehen will, muss schon sehr arm sein.

**Wollen  
Sie uns  
erreichen?**

**DAS ROTE TUCH -**

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Telefon: 0157 – 76493485

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)